

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Klima und Umwelt des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	83
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	
		<b>GZ:</b>	
<b>Sitzungstermin:</b>	29.09.2023		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Dr. Görres (AfU)		
<b>Protokollführung:</b>	Herr Haupt / as		
<b>Betreff:</b>	<b>Vorstellung Ergebnisse kommunale Wärmeplanung inkl. Beantwortung folgender Anträge: "Stadterneuerungsgebiete in d. Fokus d. Wärmewende rücken", - Antrag Nr. 1365/2021 ...          (... vollständiger Betreff siehe unten)</b>		

Da aus technischen Gründen der Betreff nicht in ganzer Länge im oberen Feld wiedergegeben werden kann, wird er hier vollständig aufgeführt:

**Betreff:** **Vorstellung Ergebnisse kommunale Wärmeplanung inkl. Beantwortung folgenden Anträge:**  
**"Stadterneuerungsgebiete in den Fokus der Wärmewende rücken"**  
 - Antrag Nr. 1365/2021 vom 26.11.2021 (PULS, 90/GRÜNE, SPD, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)  
**"Nahwärmenetze als Teil des Klimafahrplans und der Wärmewende in Stadterneuerungs-vorranggebieten und Sanierungsgebieten voranbringen"**  
 - Antrag Nr. 33/2023 vom 10.02.2023 (90/GRÜNE, SPD, Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei, PULS)  
**"Stadtwerke stärken und damit die Menschen bestmöglich unterstützen"**  
 - Antrag Nr.157/2023 vom 25.04.2023 (SPD)  
**"Wärmeplanung braucht eine breite Bürgerbeteiligung"**  
 - Antrag 187/2023 vom 23.06.2023 (SPD)  
**"Wo war die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Stuttgarter Wärmeplanung?"**

- Antrag Nr. 191/2023 vom 26.06.2023 (Die FrAKTION LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei)
- "Grundlagen der Wärmeplanung nachschärfen"
- Antrag Nr. 203/2023 vom 06.07.2023 (SPD)
- mündlicher Bericht -

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Dateianhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform beigelegt.

Die im Betreff genannten Anträge sind dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Herr Dr. Görres (Amt für Umweltschutz, AfU) schickt vorweg, die Präsentation sei gemeinsam mit den Stadtwerken Stuttgart (SWS) und auf Arbeitsebene mit Vertretern der EnBW entwickelt worden, da ohne diese kooperative Zusammenarbeit auf Fachebene die Entwicklung der Präsentation nicht möglich gewesen sei.

Daraufhin berichtet er im Sinne der angehängten Präsentation und geht hierbei auf die Beantwortung der sechs vorliegenden Anträge ein.

BM Thürnau weist das Gremium darauf hin, dass Herr Dr. Görres auf einigen Folien die Beantwortung einer entsprechenden Frage eines Antrages eingeblendet habe. Es stelle sich nun die Frage, ob die Antragssteller der Reihe nach ihre Anträge erläutern oder umgehend in eine grundsätzliche Diskussion einsteigen wollten. Aus dem Gremium wird Zustimmung zum letzteren Vorschlag signalisiert.

Sie wolle zunächst ihren Dank an Herrn Dr. Görres und sein Team für die umfangreiche und sehr gute kommunale Wärmeplanung äußern, betont StRin Münch (90/GRÜNE). Es liege nun ein strategisches planerisches Instrument vor, welches die Wärmewende als wichtigsten Baustein Stuttgarts für die Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 mitbewirken solle. Es beruhe auf dem Klimagesetz von Baden-Württemberg, das als eines der ersten Bundesländer eine kommunale Wärmeplanung verpflichtend eingeführt habe. Nun habe der Bund mehr oder weniger mit dem Gebäudeenergiegesetz diesen Rahmen befördert. Daher könne der Schluss gezogen werden, "wo Grün regiert, geht es voran".

Die Wärmewende beruhe in Stuttgart auf 5 Säulen: Zum einen sei dies der Ausbau der netzgebundenen Energien (Fernwärme- und Nahwärmenetze) und des Weiteren betreffe dies die Dekarbonisierung der Energieträger. Als Drittes gehe es um die Gebäudesanierung und als Viertes betreffe dies den Ausbau der Stromnetze. Letztlich sei der immer wichtiger werdende Bereich einer guten Kommunikation zum handelnden Bürger und Privatunternehmen betroffen.

Beim Abgleich der Roten und der Grünen Liste komme sie zu den gleichen Ausführungen wie bei Tagesordnungspunkt 2 (Klimaschutz-Programm), da sie auch hier zahlreiche Aspekte vermisste, so StRin Münch. Dies betreffe u. a. die finanziellen Mittel zur Energieleitplanung, zu den Nahwärmenetzen, zu Wärmepumpen sowie zur Gebäudesanierung. Daher müsse nach Ansicht ihrer Fraktion hierbei entsprechend nachgebess-

sert werden. Am Beispiel des dargestellten linken und rechten Pfads (jeweils auf den Folien 34 und 35) und des Ziels der Klimaneutralität werde insbesondere ein Ausbau der Nahwärmenetze benötigt. Gleichzeitig sei ausgesagt worden, in Stuttgart-West Rosenberg oder Zuffenhausen Mitte bestünden geeignete Quartiere, aber aufgrund einer diversen Gebäudeeigentümerstruktur ergäben sich Probleme bei der Zusammenführung der Akteure. Dies bedeute als Ergebnis, die Wärmewende finde auch durch Ansprechpartner in den Quartieren statt, wofür Personen als Fürsprecher benötigt würden. Dieser Aspekt werde eine Herausforderung bei der Wärmewende darstellen. In dem kommunalen Wärmeleitplan seien die Überlegungen, die nun schon detailliert angestellt werden könnten, sehr lobenswert. Die Entwicklung der Zukunftsszenarien sei auf die sehr gute Vorarbeit durch die Verwaltung zurückzuführen. Dies betreffe u. a. das flurstückscharfe Eingehen auf die einzelnen Belange und deren schichtweise Aufnahme in die kommunale Wärmeplanung. Ebenso sei es positiv zu begrüßen, dass sich die Verwaltung an den Bürger zumindest per Internet wende und dieser dort seine Adresse eingeben und hierdurch seinen individuellen Quartierssteckbrief abrufen könne. Ihre Fraktion wünsche sich allerdings ebenso eine Kommunikation im Sinne einer Bürgerinformation direkt in den Stadtbezirken und nicht lediglich im jeweiligen Bezirksbeirat. Die vor einigen Monaten vorgestellte Ramboll-Studie habe die Stadträtinnen und Stadträte in eine Art "Loop" (Schleife) versetzt. Herr Dr. Görres habe nun ausgesagt, 53 Gebiete könnten mit einer Netzlösung versehen werden und hierbei könnten insgesamt 24 Prozent der Haushalte mit Nah- und Fernwärme erreicht werden. Falls diese Werte erreicht würden, würde dies ein sehr gutes Ergebnis darstellen. Die Fortschreibung der kommunalen Wärmeplanung alle 2 Jahre durch die LHS sei wesentlich besser zu bewerten als eine Fortschreibung alle 7 Jahre im Klimagesetz des Landes. Aus dem Trinkwassernetz der Landeswasserversorgung könne für Industriebetriebe Prozesswärme abgegriffen werden.

Die Ausführungen von Herrn Dr. Görres zeigten, dass es sich um eine sehr komplexe und vielschichtige Planung handle, so StR Kotz (CDU). Dies betreffe nicht lediglich den baulichen Bereich, sondern ebenso die Erschließung der Energiepotenziale und die Frage des Verbrauchs. Diese Aspekte müssten mit der Eigentümerstruktur abgewogen werden. Falls im Jahr der Klimaneutralität 2035 auf die umgesetzten Maßnahmen zurückgeblickt werde, sei dies interessant. Es würden sich Veränderungen im Bereich der Verbraucher und der Energiequellen ergeben. Entscheidend sei das gemeinsame Erreichen der Klimaneutralität.

Einige Aspekte seien bezüglich der geplanten Veranstaltung am 05.10.2023 wichtig zu erwähnen: Im Zusammenhang mit dem Durcheinander bezüglich des Gebäudeenergiegesetzes auf Bundesebene sei der Eindruck entstanden, "der Regierung fliege alles um die Ohren", so StR Kotz. Daher sei diese Politik zwar oftmals in den Inhalten nicht schlecht, aber sie wirke negativ auf die Partei. Der von Wirtschaftsminister Habeck ins Spiel gebrachte Aspekt der Netze habe in den bisherigen Diskussionen nie eine Rolle gespielt und werde nun als Heilbringer verwendet. Die Hülle müsse vorab bei Gebäudesanierungen und -modernisierungen berücksichtigt werden, da sonst die Rohre mit ihrem größeren Durchmesser nicht installiert werden könnten. Die Auffassung, für die Gebäude oder Wohnungen existiere ein konkreter Plan für den Anschluss an Netze, für die lediglich die Anschlusskosten getragen werden müssten, sei ein Trugschluss. Dieser Aspekt müsse deutlich kommuniziert werden. Mit den städtischen attraktiven und einmaligen Förderprogrammen im Bereich der Gebäudesanierung solle der Zeitraum bis zur Installation eines Netzes genutzt werden, um die Gebäude zu ertüchtigen. Der Netzanschluss sei dann hierbei der finale Baustein. Den Ausführungen von Herrn

Dr. Görres habe er entnommen, dass keine Anschlusszwänge in Bestandgebieten vorgesehen seien. Vielmehr sollten ebenso geeignete individuelle Lösungen unter den vom Bund vorgegebene Rahmenbedingungen zugelassen werden. Gerade im Bereich der Erweiterungsgebiete von bestehenden Netzen komme die Rückmeldung der Bürgerschaft über hohe Anschlusskosten. Die Botschaft sei wichtig, dass das öffentlich finanzierte Netz näher an diese Bereiche heranrücke und somit die Anschlusskosten gesenkt würden.

Der Gemeinderat werde Ende dieses Jahres eine Vorlage beschließen, die nicht nur dem Gebäudeenergiegesetz entspreche, sondern es müsse weitere konkretere Pläne für einzelne Quartiere geben, die der Gemeinderat in der Folge beschließen werde. Daher sei eine Torschlusspanik vor dem 15.12.2023 unnötig. Die dargestellte Dynamik beim Netzausbau löse angesichts der geringen Geschwindigkeit in der Stadtverwaltung bei der Planung und Durchführung von Baumaßnahmen Skepsis in der Bürgerschaft aus. Um diesen Planungen Ernsthaftigkeit zu verleihen, müsse die Stadtverwaltung deutlich aussagen, welche Änderungen sie in ihren Prozessen durchführen wolle. Dies betreffe u. a. die Geschwindigkeit in der Verwaltung für eine Genehmigung für Straßenarbeiten und ebenso die Abstimmung mit den anderen beteiligten Institutionen und Unternehmen. Die Überzeugung der Bevölkerung in der Art zu vermitteln, dass der geplante Netzausbau bewältigt werden könne, ohne dass die Stadt zum Erliegen komme, sei ein wichtiger Bestandteil für deren Glaubwürdigkeit.

StR Dr. Jantzer (SPD) betont, durch die zahlreichen Anträge und die Gespräche in den vergangenen zwei Jahren sei eine Lösung erreicht worden, die gemeinsam getragen werden könne. In einer Vorbesprechung in der letzten Woche habe die Verwaltung ausgesagt, die Vergangenheit könne nicht mehr geändert werden, sondern es müsse in die Zukunft geschaut werden. Mit den demokratischen Parteien würden hierbei gemeinsam wichtige Vorhaben beschlossen, da dies für die Bürgerschaft Sicherheit mit sich bringe. Die jetzt in den Planungen geschaffenen Chancen beträfen die voraussichtliche Einrichtung von Wärmenetzgebieten. Eine wesentliche Entscheidung sei im vergangenen Jahr im Gemeinderat durch die entsprechenden Investitionsentscheidungen hinsichtlich des Ausbaus der SWS geschaffen worden. Der Stadtrat zeigt sich überrascht über die Aussage von StR Kotz, dass Wirtschaftsminister Habeck kurzfristig den Aspekt der Netze ins Spiel gebracht haben solle. Vielmehr seien die gemeinschaftlichen Wärmenetze als Grundstruktur für die Klimaneutralität bereits vor zehn Jahren ein wesentliches Motiv für die Schaffung der SWS gewesen. Seine Fraktion habe u. a. auch mit anderen Fraktionen zu diesem Thema sechs Anträge eingebracht. Die Schaffung gemeinschaftlicher Wärmenetze sei eine Grundvoraussetzung für die Umsetzung des Klimafahrplans und für dessen sozialverträgliche Gestaltung für die Bürgerschaft. Herr Dr. Görres habe nicht erwähnt, dass nicht nur ein Netz geschaffen werden solle, sondern ebenso wirtschaftlich geeignete Lösungen für die Menschen in der Stadt. So solle bezahlbare Wärme zur Verfügung gestellt werden. Dieser Aspekt müsse im Nachgang auch in der Projektentscheidung für die SWS geklärt werden. Hierbei müsse der Bevölkerung deutlich gemacht werden, dass ihr eine Alternative angeboten werde, um bei dem zentralen Thema der gemeinschaftlichen Netze zu profitieren. Die dargestellten Werte eines Potenzials von 48 % seien zwar noch nicht gesichert, stellten jedoch einen großen Schritt nach vorne dar. Für seine Fraktion seien diese Netze "Rundum-Sorglos-Pakete". Schließlich sei bekannt, welche große Belastung eine Sanierung und eine energetische Erneuerung eines komplexen Gebäudes für die Eigentümer darstelle. Je weniger die Bevölkerung belastet werde und ihr dafür eine wirtschaftliche Lösung angeboten werden könne, desto mehr profitiere diese. Daher sei es wichtig, die Bürgerinnen

und Bürger nicht alleine mit Einzellösungen experimentieren zu lassen, sondern sie möglichst gemeinsam mit Lösungen zu unterstützen. Nach Auffassung von StR Dr. Jantzer beschleunigten die Netze die Stadt bei der Erreichung der Ziele. Zudem werde die LHS bei einer gemeinschaftlichen Energieversorgung effizienter, da beispielsweise gemeinsame Speicher in einem Gesamtsystem installiert werden. Außerdem könne durch derartige Speicher Energie im Sommer auf Vorrat geschaffen werden, um diese im Winter zu nutzen. Insgesamt bestünden vielerlei systemische Vorteile derartiger Netze.

An StR Kotz gewandt betont StR Dr. Jantzer, in der Bundesregierung in der großen Koalition sei es schlichtweg nicht möglich gewesen, im Wärmebereich eine Vereinbarung mit der CDU zu erreichen. Schlussendlich seien entsprechende Maßnahmen stets durch Bundesminister der CDU blockiert worden. In der jetzigen Ampelregierung sei die Thematik der Netze aufgrund der Notwendigkeit einer Alternative für Wärmepumpen aufgekommen und sei im Rahmen des Koalitionsvertrags bereits lange Zeit diskutiert worden. Es stelle ein politisches Trauerspiel dar, wie lange die Errichtung von Wärmenetzen in der LHS gedauert habe. Die Wärmeplanung sei positiv zu begrüßen und in den letzten 10 Jahren hätten mehr Netze installiert werden können. Zudem hätte eine Einigung mit der EnBW erfolgen können. Außerdem sei es in der Vergangenheit versäumt worden, im Bestand zu bauen.

Mittlerweile sei hinsichtlich der Information der Bevölkerung ein guter Weg der Kommunikation eingeschlagen worden. Falls in einem Gebiet ein Netz installiert werde, werde die Projektfreigabe erteilt und die vorbereitenden Arbeiten würden durchgeführt. Zu diesem Zeitpunkt sei es sehr wichtig, die Bezirksbeiräte einzubeziehen. Beispielsweise habe der Bezirksbeirat in Untertürkheim am vergangenen Mittwoch einstimmig beschlossen, ein Wärmenetz in seinem Stadtbezirk errichten zu wollen. Zudem bestehe der Wunsch nach einer engen Einbindung in dieses Vorhaben. In Bezug auf den nächsten Schritt sei es sehr wichtig, sich vor einer Projektfreigabe intensiv mit den Menschen vor Ort auseinanderzusetzen. Es sei ausgeführt worden, dass die Sensitivitätsanalyse derzeit nicht lieferbar sei. Er gehe davon aus, die Verwaltung halte dies in der Planungsphase für nicht richtig oder nicht nötig. Vor der Projektfreigabe müsse allerdings die Höhe des Wärmepreises perspektivisch für die Nutzer\*innen bekannt sein und dieser Aspekt sei ebenso für die SWS relevant. Der Stadtbevölkerung gegenüber müsse klar ausgesagt werden, die Abgrenzung der aktuell vorliegenden Flächen werde sich in der Detailplanung erneut verändern und sich möglicherweise vergrößern, wenn die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen gegeben seien und die Potenzialanalyse entsprechende Erkenntnisse liefere. Es stelle sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt der Beschluss über ein Netz und dessen Planung erfolge, was das Gebäudeenergiegesetz (GEG) fordere. Falls sich eine Bewohnerin oder ein Bewohner in einem Gebiet befinde, in dem die Einrichtung eines Netzes geplant sei, könnten diese beispielweise über Leasingkontrakte die Gastherme ersetzen und sich an ein Wärmenetz anschließen lassen. Die Organisation dieser Übergangszeiträume stelle ein wichtiges Thema dar. Hierzu bestehe der Antrag Nr. 157/2023 seiner Fraktion mit dem Titel "Stadtwerke stärken und damit die Menschen bestmöglich unterstützen". Nach Auffassung des Stadtrats ist dieser Antrag trotz der Beantwortung durch die Verwaltung noch nicht erledigt. Es bestehe die Fragestellung, welche Verantwortung die SWS in den Quartieren trage. Seine Fraktion habe einen weiteren Antrag (Nr. 33/2023) zu diesem Aspekt einer integrativen Verantwortung gestellt, der noch zu einem späteren Zeitpunkt diskutiert werden müsse. Daher sei auch dieser Antrag noch nicht erledigt. Aus Sicht von StR Dr. Jantzer ist der dargestellte Aspekt der Flusswärme sehr zu begrüßen. Daher sei ein entsprechender

Antrag seiner Fraktion erledigt, in dem die konsequente Nutzung der Flusswärme gefordert werde. Der Neckar verfüge über ein sehr großes Potenzial für eine klimaneutrale Fernwärme. Mit dieser enormen Energiequelle könne die Dekarbonisierung des Fernwärmenetzes vorangetrieben werden. Generell sei die Signalisierung einer Offenheit in der Weiterentwicklung der Gebiete wichtig. Auf die Frage des Stadtrats, wie viel Energie bei der Abkühlung des Neckars um 0,3 ° diesem entzogen werde, erklärt Herr Dr. Görres, hierauf könne er spontan nicht antworten. Die Verwaltung werde die Werte jedoch nachliefern.

StR Rockenbauch (Die Fraktion LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei) zitiert zunächst den Spruch "Gut Ding will Weile haben". Er sehe eine Vision, in der die SWS gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erneuerbare Energien produzierten, damit die Menschen im Winter nicht frieren müssten und die Energie dennoch bezahlbar bleibe. Zudem brauche die Bevölkerung kein schlechtes Gewissen haben, da das Klima nicht zerstört werde. Im Prinzip gehe es darum, der Bevölkerung eine Perspektive zu bieten, wie sie unabhängig von der Klimazerstörung und von Kriegen um immer knapper werdenden Ressourcen würden. Der Stadtrat zitiert in diesem Zusammenhang den Begriff der Freiheitsenergie. Es stelle ein methodisches Vorgehen dar, eine Abschichtung aller Zahlen, Studien und Untersuchungen vorzunehmen, wie es die Verwaltung durchgeführt habe. So sei hierdurch ein beeindruckendes Werk entstanden. Ebenso sei die Verwendung eines Algorithmus zu begrüßen, mit dem ein Monitoring durchgeführt werden könne. Diese Steuerung sei nicht zuletzt bei der späteren Umsetzung unablässig. Nun liege zunächst nur die Formulierung einer "To-do-Liste" vor, aus der sich das weitere Vorgehen ableiten lasse. Während nahezu die Hälfte der Haushalte und der Fläche zukünftig durch Netze erschlossen werde, werde die andere Hälfte Einzellösungen nutzen. Dabei werde es erfahrungsgemäß zu Planänderungen kommen. Seine Fraktionsgemeinschaft begrüße die derartige Schärfe und Qualität, wie dies die Verwaltung vorgelegt habe. Es bestünden lediglich Fragen bei dem Aspekt, ob die Dekarbonisierung der Fernwärme als Voraussetzung für die Klimaneutralität gelinge. Hierbei spielten die Pläne der EnBW in Bezug auf grünen Wasserstoff eine Rolle. Ebenso stelle sich die Frage, ob die Flusswasserwärme-Großpumpe benötigt werde. Es sehe danach aus, dass zusätzliche Potenziale einen Beitrag zur Dekarbonisierung der Fernwärme leisteten. Es wäre zu begrüßen, falls sich dieses Netz in städtischer Hand befinden würde. Seine Fraktionsgemeinschaft werde die Ergebnisse der kommunalen Wärmeplanung noch im Detail diskutieren und dabei noch zusätzliche Erkenntnisse in Hinblick auf die "To-do-Liste" gewinnen. Grundlegend gehörten neben den Einzellösungen und dem Aspekt der Netze bei allen Varianten die Frage der Effizienz, der Gebäudesanierung und des Ausbaus des Stromnetzes. Nun stelle sich die Überlegung hinsichtlich der Umsetzungsplanung und des weiteren Vorgehens. Dies betreffe den Aspekt der Kommunikation und einer deutlichen Botschaft an die Bürgerinnen und Bürger in der Form, die Perspektive zu einer erneuerbaren Wärmeenergie sei vorhanden, die Bürgerschaft brauche daher nicht besorgt zu sein. Dieses Vorgehen sei unabhängig davon, welche Fördermaßnahmen der Bund oder das Land ergreife. So solle der Bevölkerung vermittelt werden, der Invest in erneuerbare Energien sei nicht teurer als der Invest in eine neue Erdgasheizung. Zudem werde langfristig der Betrieb günstiger, da erneuerbare Energien weniger kostspielig seien. Ein Teil der Bevölkerung könne sich bereits jetzt schon die finanziellen Aufwendungen leisten und ein anderer Teil müsse besonders gefördert und unterstützt werden. Daher müsse bei diesen Themen die Kommunikation intensiviert werden, nicht zuletzt darum, weil die Sanierung der Gebäude einen großen Aufwand darstelle. Es müsse über eine neue Beratungsstruktur nachgedacht werden, welche alle Zusammenhänge für die Bevölkerung erleichtere. Es sei das Ziel, bei kom-

plexen Problemen durch eine Beratung mit einer Dauer von etwa 5 Minuten entsprechende, am besten quartiersbezogene Hilfestellungen zu erhalten.

Zudem müssten neben der Bevölkerung die Akteure wie die Stadtverwaltung und SWS gestärkt werden. Insbesondere die Verwaltung solle personell in der Art hinterlegt werden, dass ihr die Durchführung von Baumaßnahmen bis hin zur Abwicklung der Förderprogramme gelinge. Daher sehe seine Fraktionsgemeinschaft einen erheblichen Nachholbedarf im städtischen Haushalt, in der Förderkulisse sowie in den Beratungsstrukturen. Herr Dr. Görres habe die benötigten Fördermittel in Höhe von 300 Mio. EUR pro Jahr dargelegt. Auf die Frage von StR Rockenbauch, ob die Höhe der Gelder als viel oder wenig zu bewerten sei, betont Herr Dr. Görres, in Bezug auf diesen Betrag habe eine Abschätzung über den gesamten Zeitraum stattgefunden. Die Summe sei mit dem Betrag zu vergleichen, der in der Roten Liste angemeldet worden sei, um zunächst mit den Maßnahmen zu starten. Die Stadtkämmerei sei der Auffassung, es könnten keine Gelder vorgehalten werden, die später nicht ausgegeben würden. Im Übrigen stelle sich die Frage, welche Maßnahmen auf Bundesebene ergriffen würden. Es sei nicht bekannt, welche Fördermittel der Bund ab dem 01. Januar 2024 zur Verfügung stelle.

Die Verwaltung im AfU habe hervorragende Arbeit geleistet, lobt StR Ozasek (PULS). Es bestehe ein mustergültiger Prozess, wie ein derartiges strategisches Planwerk mit einer hohen eingeflossenen Fachlichkeit entwickelt werden könne. Der Stadtrat äußert die Bitte, dieses Prozesswissen in Form von Dokumentationen gerade für andere größere Städte zugänglich zu machen, die aufgrund der gesetzlichen Vorgaben ebenso vor der ähnlichen Herausforderung ständen, eine derartige strategische Planung vorlegen zu müssen. Die Planung habe nun 8 Jahre gedauert und er habe 2015 einen Antrag gestellt, einen Energienutzungsplan für Stuttgart in das Energiekonzept "Urbanisierung der Energiewende" aufzunehmen. Diesem Antrag sei der Gemeinderat zwar erfreulicherweise gefolgt, allerdings sei in den vergangenen acht Jahren nicht alles zufriedenstellend gelaufen. StRin Münch habe ausgeführt, dort, wo Grün regiere, gehe es dem Klima gut. Diese Einschätzung teile er nicht, betont StR Ozasek. Die Mehrzahl der in der LHS neu errichteten Gebäude seien mit Erdgasheizungen trotz eines E-Wärmegesetzes des damaligen grünen Ministers Untersteller entstanden. Der Gemeinderat habe mit Stimmen von 90/GRÜNE beispielsweise einen Förderhorizont auf Initiative von StR Kotz erlassen, ölversorgte Gebiete zu transformieren. Diese seien jedoch in Gasgebiete transformiert worden. Er sei das einzige Mitglied im Gemeinderat gewesen, der dieser Förderrichtlinie widersprochen habe, hebt StR Ozasek hervor. In Bezug auf die Strategie der SWS habe der damalige OB Kuhn ausgeführt, er wolle kein Stadtwerk mit grüner Energie, sondern ein Stadtwerk, welches alle Energien anbiete. Daher seien in den vergangenen 8 Jahren viele Dinge falsch gelaufen.

Dies könne nun erfreulicherweise korrigiert werden. Schließlich liege jetzt ein strategisches Planwerk (Roadmap) für die Energiewende in Stuttgart vor, welches Klarheit für die Menschen in der Stadt bringe. Die in den vergangenen 12 Monaten stattgefundenene Desinformationskampagne bezüglich des Gebäudeenergiegesetzes habe eine unglaubliche Verunsicherung nach sich gezogen. Diese Desinformation greife, was sich an dem massiven Einbruch bei der Nachfrage nach Wärmepumpen zeige. Die Hersteller hätten schließlich im Vorgriff zu diesem Gesetz in höhere Produktionszahlen investiert. Diese Desinformationskampagne müsse gebrochen werden, um dem von Herrn Dr. Görres dargestellten Trend entgegen zu treten, so StR Ozasek. Dänemark habe bereits in den 1970er Jahren bezüglich der Wärmewende eine völlig andere Entscheidung im Vergleich zu Deutschland getroffen: Die dänische Hauptstadt Kopenhagen werde im Jahr

2025 klimaneutral. Die entsprechenden Entscheidungen müssten nun in der LHS nachgehalten werden. Daher müssten die Schornsteine von den Gebäuden entfernt werden, damit dort PV-Strom installiert werden könne, mit dem die Wärmepumpen betrieben werden könnten. Somit werde sich die Dachlandschaft in der Stadt aufgrund der Kollektoren blau darstellen, was eine attraktive Zukunftsvision sei. Der Großteil der Gebäude in der Stadt werde mit einer Wärmepumpe versorgt werden. Diese sei das Schlüsselement für die Wärmewende in Stuttgart, was der Bevölkerung klargemacht werden müsse. Herr Dr. Görres führt aus, dass die Schornsteine auf den Dächern durchaus abgeschafft werden könnten, jedoch nicht die Kamine. Diese seien wichtig, da sie bei einer Einzelversorgung mit Gas als Verrohrungsraum genutzt werden könnten.

StR Ozasek betont, in denjenigen Fällen, bei denen eine ökonomische Härte vorliege, müsse eine Förderung angeboten werden. Dabei müssten nicht alle Nutzerinnen und Nutzer wie in der Vergangenheit gefördert werden, sondern in diesem Zusammenhang müsse eine Korrektur durchgeführt werden. Das Märchen vom Wasserstoff, der durch die Gasleitungen in die Gebäude fließe, müsse beendet werden. Bei dem vorliegenden Szenario existiere kein Wasserstoff, da dessen Einspeisung in die Netze hochgradig ineffizient und für die Bürgerschaft nicht bezahlbar wäre. Über diese Thematik müsse bei den Netzen Stuttgart diskutiert werden, da die Netze Stuttgart nicht weiter ausführen dürften, Wasserstoff werde in die Gebäude geliefert werde. Es müsse strategisch klar gestellt werden, dass dieses Narrativ nicht mehr bestehen dürfe. Vielmehr werde es ein Zielszenario bzw. ein Wärmebild für die Zukunft geben, in dem Wasserstoff in den Gebäuden keine Rolle spielen werde. Beim Thema der Wärmenetze handle es sich um eine intergenerationale Frage der Gerechtigkeit, da ein Gebäude klimaertüchtigt an die nächste Generation übergeben werden solle. Es gehe nicht um die Einsparung von Geldern, sondern vielmehr um die Verantwortung für den Klimaschutz für künftige Generationen. Die entsprechenden Umweltwärmequellen seien in der Stadt vorhanden, die drei Viertel der Wärme lieferten, ohne jegliche Kosten zu verursachen. Für das verbleibende eine Viertel Energie, welches stromgeführt sei, würden entsprechende technische Lösungen gefunden werden. Die dargestellten zusätzlichen 320 Trassenkilometer im Bereich des Netzausbaus seien sehr umfangreich. Es werde daher zu den Haushaltsplanberatungen eine Ansage des Tiefbauamts benötigt, welche Ressourcen hierfür benötigt würden, da dies vermutlich nicht mit den vorhandenen Mitteln bewältigt werden könne. In Bezug zu dem Antrag Nr. 1365/2021 seiner Fraktionsgemeinschaft (Stadterneuerungsgebiete in den Fokus der Wärmewende rücken) sei auf Folie 8 der Präsentation aufgeführt, dass zwar eine Eignungsprüfung durchgeführt werde, aber nicht automatisch ein Wärmenetz ausgerollt werde, was völlig nachvollziehbar sei. Dennoch solle u. a. gemeinsam mit dem Verwaltungsbereich Stadterneuerung dargestellt werden, wie sich diese Systematik gestalte, betont StR Ozasek. Dies betreffe die Sanierungsziele, die Sanierungsförderung und das Energiesparprogramm.

StR Serwani (FDP) betont, der Bericht der Verwaltung sei sehr aufschlussreich gewesen. Er fürchte, dass die unter diesem Tagesordnungspunkt geführte Diskussion erneut im November und Dezember im Ausschuss für Klima und Umwelt (AKU) und im Gemeinderat geführt werde. Die Stadt werde das Ziel der Klimaneutralität u. a. durch die Wärmewende bis zum Jahr 2035 erreichen. Die Ampelregierung auf Bundesebene habe die richtige Entscheidung getroffen. In der zuvor bestehenden Bundesregierung seien jahrelang keinerlei diesbezügliche Maßnahmen getroffen worden. Herr Dr. Görres habe ausgesagt, die Einwohner der Stadt bei der Wärmewende miteinbinden zu müssen, und das hierzu vorgestellte Konzept zeige, dass dies auch gelingen werde. Die kommunale Wärmepfanung sehe eine städtische Förderung in Höhe von 315 Mio. EUR vor. Dies

stelle durchaus eine hohe Fördersumme für die Bürgerschaft dar, die zudem bereit sein müsste, zusätzlich privates Kapital zu investieren. Er wolle den von der Verwaltung für November angekündigten Bericht abwarten und daraufhin in seiner Fraktion darüber beraten.

Herr Dr. Görres habe ausgeführt, so StR Zaiß (FW), Kosten in Höhe von 75.000 EUR könnten der Bevölkerung nicht zugemutet werden. Dieser Auffassung könne er zustimmen. Der Stadtrat erkundigt sich, welche Kosten der einzelne Nutzer beim Anschluss an ein Wärmenetz zu tragen habe. Ebenso stelle sich die Frage, wie hoch die Kosten der Wärmeenergie seien. Offenbar bestehe die Einschätzung, die Wärme werde weit aus günstiger, was er sich jedoch nicht vorstellen könne, so StR Zaiß. Herr Dr. Görres betont, bei dem erwähnten Betrag von 75.000 EUR handle es sich nicht um Kosten, die in jedem Fall verursacht würden. Vielmehr sei dieser Aspekt im Einzelfall zu unterscheiden. Falls auf einer Länge von 70 Metern Leitungen verbaut werden müssten, um nur einen Haushalt an ein Wärmenetz anzuschließen, stiegen die Kosten sogar auf 300.000 EUR. Falls sich jedoch weitere Haushalte an dieser Strecke an dem Netz anschließen ließen, teilten sich die Gesamtkosten durch die Anzahl der Haushalte und würden dadurch erheblich geringer. Daher solle mit der Netzinstallation in den Gebieten möglichst gleichmäßig und gleichzeitig vorgegangen werden.

Ebenso sei die zweijährige Fortschreibung des umfangreichen Werks erwähnt worden, so StR Zaiß. Nach Auffassung des Stadtrats solle die Fortschreibung sogar jährlich stattfinden, um ständig auf dem laufenden Stand zu bleiben. Auf seine Frage, ob einige Haushalte bereits verbindlich zugesagt hätten, sich an ein Wärmenetz anschließen zu lassen, und ob zu diesem Aspekt konkrete Zahlen vorlägen, betont Herr Dr. Görres, seit sich dieses Thema in der öffentlichen Diskussion befinde, kämen täglich Nachfragen nach einem möglichen Netzanschluss. Die Nachfrage sei noch nicht verbindlich, da zunächst die Frage der Kosten geklärt werden müsse. Danach könne ein entsprechendes Angebot unterbreitet werden und erst daraufhin könne eine verbindliche Zusage von den Haushalten erteilt werden.

StR Zaiß weist darauf hin, dass die Stadtkämmerei ausgeführt habe, die Stadt habe ab nächstem Jahr etwa 300 Mio. EUR Schulden. Diese müssten zu einem späteren Zeitpunkt wieder abgebaut werden. Angesichts der in der Wärmeplanung für die nächsten 12 Jahre vorgesehenen Zuschüsse in Höhe von jährlich 315 Mio. EUR würden jedoch weitere enorme Schulden aufgebaut. Insgesamt würden später rund 3 Mrd. EUR auf der Stadt lasten. Daher stelle sich die Frage, zu welchem Zeitpunkt die Rückzahlung dieser Summen angedacht sei und ob hierfür die Steuern angehoben werden sollten. Angesichts der beispielsweise im Stadtbezirk Obertürkheim bereits zahlreichen aufgerissenen Straßen und der geplanten zusätzlichen Verlegung der Wärmenetze habe er größte Bedenken, ob sich die Bevölkerung daran beteilige.

Herr Körner (S/OB) schließt sich dem Dank der Vorredner\*innen an das AfU an. Herr Dr. Görres habe in seinem Bericht die SWS erwähnt und bezüglich der Umsetzung der Maßnahmen aufgezeigt, welcher finanzielle Invest erforderlich sei. Dies betreffe die in diesem Zusammenhang erwähnten 900 Mio. EUR für den Netzausbau und die 2,2 Mrd. EUR bei den Energieversorgungsunternehmen. StRin Münch habe in Bezug auf Tagesordnungspunkt 2 (NNr. 81) der heutigen Sitzung den entsprechenden Zusammenhang hergestellt. Die Summe in Höhe von 300 Mio. EUR, welche im städtischen Haushalt in der Grünen Liste enthalten sei, bzw. der Betrag von 100 Mio. EUR, der auf Vorschlag des Oberbürgermeisters bereits beschlossen worden sei, seien Gel-

der, die den SWS im Grundsatz als Eigenkapital zur Verfügung stehen, damit die SWS Investitionen in einem wesentlich höheren Umfang tätigen könnten. Der Betrag in Höhe von 300 Mio. EUR könne in etwa verdreifacht werden, um die Gesamtinvestition der SWS in Höhe von 900 Mio. EUR bzw. 1 Mrd. EUR erhalten. Es sei wichtig, dass der Gemeinderat die finanziellen Voraussetzungen geschaffen habe, damit die ersten Maßnahmen mit einem Umfang von 1 Mrd. EUR auf den Weg gebracht werden könnten. Darüber hinaus werde das im Grundsatz in der SVV befindliche Vermögen (400 bis 500 Mio. EUR) für weitere Investitionen für die SWS zukünftig zur Verfügung stehen. Hierbei handle es sich ebenso um Eigenkapital, welches verdreifacht werden könne. Diese Voraussetzungen für den Einstieg in die Umsetzung von Maßnahmen seien nun geschaffen worden. Andere Akteure wie die EnBW müssten jedoch ebenso investieren und in diesem Zusammenhang motiviert werden, so Herr Körner. Es solle mit der EnBW gemeinsam diskutiert werden, welche Rahmenbedingung ihr die Stadt bieten könne, damit die EnBW investieren könne. Die Stadt alleine werde dies nicht bewältigen können und komme angesichts derartiger Summen finanziell an ihre Grenzen. In Bezug auf die Förderprogramme wolle er dem Gremium einen konstruktiven Vorschlag für die Haushaltsplanberatungen mitgeben, so Herr Körner: Wie von StRin Münch ausgeführt, sollten sowohl die Bürgerinnen und Bürger als auch die privaten Unternehmen investieren und hierfür eine Förderung von der Stadt, vom Land sowie vom Bund erhalten. In der Grünen Liste seien noch nicht alle Gelder enthalten, die in der Mantelvorlage als Vorschlag aufgeführt seien. Im Dezember 2019 sei ein Förderpaket mit einem Umfang von 200 Mio. EUR im Rahmen des Aktionsprogramms Klimaschutz beschlossen worden. Davon seien erst 84 Mio. EUR zum Stichtag 31.12.2022 verfügt, ausbezahlt oder bewilligt worden. Es solle in Erwägung gezogen werden, die nicht verwendeten Gelder auch für die Förderprogramme einzusetzen. Aufgrund von vorhandenen finanziellen Restmitteln würden nicht sofort zusätzliche Gelder benötigt.

Herr Dr. Görres betont, das Thema Sanierung und Verbrauchsrückgang sei wichtig, da Wärmenetze nicht mit Hochtemperaturen wie bei der EnBW betrieben werden sollten. Beim Neubau von Netzen seien die SWS und die Verwaltung völlig einig, die Temperaturen absenken zu müssen. Bei dem Aspekt des "Trinkwarmwassers" solle dies mitberücksichtigt werden. Die Gebäude sollten anschlussfähig für das neue Wärmenetz gestaltet werden und der gesamte Prozess müsse nun durchdekliniert werden. Dies werde sein Amt gemeinsam mit dem Hoch- und Tiefbauamt sowie weiteren Ämtern durchführen, so Herr Dr. Görres. Die Dynamik müsse nun gesteigert werden und daher dürften die begonnenen Maßnahmen nicht neu diskutiert werden, um nicht wieder Zeit zu verlieren. Der in einigen Wortbeiträgen angesprochene Aspekt der Wirtschaftlichkeit sei der Grund, aus dem nicht in der gesamten Stadt ein Wärmenetz errichtet würde. Dieses Vorgehen wäre völlig unwirtschaftlich gewesen. An den Stellen, an denen individuell eine Wärmepumpe installiert werden könne, brauche kein Netz gebaut werden. Bei Betrachtung der Stadtkarte werde deutlich, dass zahlreiche Einzellösungen platziert worden seien. Hierbei sei es Motivation gewesen, dort eine wirtschaftliche Lösung zu finden. Die Aspekte Schnelligkeit und Effizienz seien zwar richtig, aber ebenso sei bei einem Wärmenetz der Gleichzeitigkeitsfaktor entscheidend.

In seinem Bericht habe er völlig das Thema Öffentlichkeitsarbeit im Jahr 2024 vergessen, so Herr Dr. Görres. Für die Verwaltung sei es selbstverständlich, über die Wärmeplanung in den Quartieren zu informieren. Diese Information solle stets gemeinsam mit dem Energieberatungszentrum (EBZ) erfolgen und der Aspekt der Sanierung solle miteinbezogen werden. Schließlich sei das Thema mit dem Wärmenetzanschluss noch nicht erledigt. Ebenso werde über den Wärmepreis informiert. Gerade in den für Wär-

menetze besonders gut geeigneten Gebieten müsse relativ zeitnah gemeinsam mit den SWS der Wärmepreis entwickelt werden. Schließlich sei dieses Thema besonders für diejenigen Bürgerinnen und Bürger interessant, die noch mit Erdgas versorgt würden. Dieser Teil der Bürgerschaft vergleiche seine Jahresrechnung für Gas mit dem zukünftig zu bezahlenden Preis.

In Bezug auf die Übergangszeit hätte auch Herr Drausnigg (SWS) ausführen können, da die SWS und die Verwaltung bei diesem Thema eine Auffassung verträten, so Herr Dr. Görres. Die SWS suchten nach Lösungen, um denjenigen Bürgerinnen und Bürgern, bei denen der Gaskessel nicht mehr funktioniere, aber das Wärmenetz erst in einigen Jahren in Betrieb gehe, eine Überbrückung zu bieten. Es sei klar, dass die Übergangszeit mit einem verbindlichen Termin enden müsse. Bei der Frage, ob genügend Wasserstoff zur Verfügung stehen werde, um die heutigen Gaseinzelheizungen zu versorgen, gehe er nicht davon aus, dass die Menge ausreichend sei. Auf seine Fragen, ob es zu irgendeinem Zeitpunkt perspektivisch überhaupt denkbar sei, Wasserstoff komplett im Gasnetz an die einzelnen Haushalte zu leiten, betont Herr Hauser (Netze BW), dieses Szenario sei nicht untersucht worden. Herr Dr. Görres führt aus, zum Thema Stadterneuerungs- /Stadtsanierungsprogramm werde die Verwaltung weitere Informationen liefern.

BM Thürnau betont, seiner Auffassung nach seien die sechs vorliegenden Anträge bis auf die Anträge Nr. 33/2023 sowie Nr. 157/2023 mit dem heutigen Bericht beantwortet worden. Bei diesen beiden Anträgen seien noch einige Fragen offen geblieben, die noch von der Verwaltung beantwortet würden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, stellt BM Thürnau Kenntnisnahme des Berichts durch den Ausschuss für Klima und Umwelt fest.

Zur Beurkundung

Haupt / as

## Verteiler:

- I. Referat SWU  
zur Weiterbehandlung  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Wohnen (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. S/OB  
S/OB-Wohnen  
Stabsstelle Klimaschutz
  3. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)  
Liegenschaftsamt (2)  
SWS  
SWSG
  4. Referat T  
Hochbauamt (2)  
Tiefbauamt (2)
  5. Amt für Revision
  6. L/OB-K
  7. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  6. *FDP-Fraktion*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*
  9. *StRin Yüksel (Einzelstadträtin)*

*kursiv = kein Papierversand*